



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neue Friktionen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Neue Friktionen.

Die Ergebnisse der Wahlen für das preußische Abgeordnetenhaus sind nunmehr bereits seit einigen Tagen bekannt, und wir wissen, daß sich erfüllt hat, was zu erwarten war. Das Unterhaus des Parlaments Preußens wird wesentlich anders zusammengesetzt als früher seine Beratungen beginnen. Das Volk hat in weiten Kreisen gezeigt, daß es die Wendung, welche früher für Freunde des Kanzlers und Stützen seiner Politik anzusehende Abgeordnete zu Gegnern desselben werden ließ, nicht gutheißt. Die liberalen Parteien, mit Einschluß der Nationalliberalen vom linken Flügel, haben an vielen Orten Niederlagen und Einbußen erlitten, und die verschiedenen Schattirungen der Konservativen, namentlich die am weitesten rechts stehende, haben, vorzüglich in den alten Provinzen, Siege und Gewinne zu verzeichnen. Die Mittelpartei ist — Dank vor allem der Wirksamkeit des bis jetzt nicht wieder gewählten Herrn Laske und derer, die mit ihm gingen — beträchtlich schwächer geworden, und der extremen Opposition ist es ungefähr ebenso ergangen. Die letztere wird nun vermuthlich den Mangel an Zahl durch lauterer und heftigeres Auftreten ihrer Wortführer zu ersetzen bemüht sein, und so haben wir uns auf harte Zusammenstöße und unerfreuliche Auftritte gefaßt zu machen.

Die hier zu erwartenden Friktionen werden indeß nicht sehr viel zu bedeuten haben. Die Nationalliberalen werden, wie zu hoffen, gewarnt durch den Besetzungsprozeß, der mit ihrer Partei begonnen hat, und der sie mit dem Schicksale bedroht, das einst die Altliberalen aus einer parlamentarischen Macht in ein ohnmächtiges Häuflein von kaum einem Duzend Stimmen verwandelte, vorsichtiger und maßvoller operiren als in der letzten Zeit, und das Geräusch der Herren Richter und Genossen wird sich der Kanzler wohl wie bisher nicht besonders stark zu Gemüthe ziehen; denn es wird ihn nicht hindern, mit dem durchzubringen, was er im Interesse des Staats und des Reichs ins Auge gefaßt hat.

Dagegen sind andere Friktionen, von welchen in diesen Tagen verlautete, Grenzboten IV. 1879.

weniger leicht zu nehmen. Der Hinblick auf das Haus am Dönhofsplatze läßt ziemlich kühl und gelassen, auf der Wilhelmsstraße aber sah es in der verfloffenen Woche wieder einmal bedenklich aus. Es ist jetzt im Auswärtigen Amte recht still geworden. Der Reichskanzler ist vor einigen Tagen wieder abgereist und zwar nicht nach dem verhältnißmäßig nahe gelegenen Friedrichsruhe, sondern nach Barzin im fernen Hinterpommern, und er hat unseres Wissens keinen Beamten mitgenommen. Die Geschäfte folgen ihm also diesmal nicht in seinen Urlaub nach. Sein Gesundheitszustand ist gegenwärtig kein befriedigender. Rissingen hatte ihm wohlgethan, aber Ueberbürdung mit hochwichtigen Arbeiten in Gastein und, wie unser Gewährsmann sich ausdrückte, „Friktionen, die sich nur leise andeuten lassen, und die noch fort dauern“, ließen die dortige Kur nicht gelingen. Desgleichen wird der Staatssekretär v. Bülow, der vor kurzem wegen dauernden Unwohlseins Urlaub nahm, seine Thätigkeit dem Vernehmen nach nicht so bald und möglicherweise überhaupt nicht wieder aufnehmen. Die Krankheit, an welcher er leidet, ist aller Wahrscheinlichkeit zufolge ein Nervenübel, welches, durch Ueberanstrengung im Dienste und gewisse damit verbundene Friktionen herbeigeführt, kurz nach der Zeit, wo er beim Kaiser unmittelbar vor dessen Abreise nach Alexandrowo zum letzten Male Vortrag gehalten, so bedenklich auftrat, daß er seine Arbeiten im Auswärtigen Amte, wohin er sich von seiner Sommerfrische in Potsdam täglich zu begeben gepflegt, einzustellen und um einen längeren Urlaub nachzusuchen genöthigt war, den er, wenn sein Zustand dies erlaubt, zu einer Erholungsreise nach Stalien verwenden wird. Er wird während dieser Zeit durch einen der Gesandten, vielleicht v. Alvensleben, vielleicht v. Styrum oder auch v. Schölzer, vertreten werden, aber schwer zu ersetzen sein. Das von Berliner Blättern verbreitete Gerücht, daß in der letzten Zeit Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Kanzler hervorgetreten seien, und daß letzterer mit ihm unzufrieden sei, weil er auf gewisse Versicherungen der russischen Diplomatie zuviel gegeben und deren Nichtübereinstimmung mit den Thatsachen übersehen, ist eine auf absoluter Nichtkenntniß der hohen Befähigung des Staatssekretärs beruhende oder in perfider Absicht erdachte Erfindung. Er hat, wie in andern Fragen, auch hier durchweg das Richtige erkannt und vertreten, der Reichskanzler weiß, was er an ihm hat, und jene Friktionen fanden — an anderer Stelle statt. Wenn es dafür noch des Beweises bedurfte, so lag er in dem Besuche, den der Fürst mit seiner Gemahlin am Nachmittage des 6. Oktober seinem erkrankten Kollegen, den er schon in Frankfurt, als beide noch Bundestagsgesandte waren, schätzen gelernt, und von dessen Tüchtigkeit er sich in der Zeit, wo v. Bülow die Interessen Mecklenburgs im Bundesrathe vertrat, aufs neue überzeugt hatte, in Potsdam abstattete.

Das Ministergewerbe greift im heutigen Preußen an, es werden dabei viel Nerven verbraucht. Die Herren, die es betreiben, müssen robuste Naturen sein und viel Gleichmuth und patriotische Opferfreudigkeit besitzen, sonst halten sie es auf die Dauer nicht aus, und bisweilen sterben sie sogar daran wie der Graf Brandenburg nach den Vorgängen in Warschau und Olmütz, an die man sich in dem vorigen Monate erinnert fand. Manteuffel freilich — wir meinen den, der nach Olmütz ging und unterwegs in der Stimmung war, die aufgehende Sonne mit einem Verse aus Sophokles emphatischer Freude voll zu apostrophiren — war dauerbarer. Aber früher hatte man schon drei Minister, darunter Canitz, geisteskrank werden sehen, und jetzt geht man wohl nicht irre, wenn man den Grund, welcher den letzten Vorstand des Departements des Kultus und Unterrichts veranlaßte, seine Entlassung zu erbitten, in Erschöpfung durch oft vergebliches Bemühen und Verdruß darüber, daß Maßregeln, die er vorbereitet und befürwortet, stetem Widerstande von oben her begegneten, erblicken zu dürfen glaubt. Auch in diesem Falle darf man mit Bestimmtheit annehmen, daß die Schwierigkeiten, die sich dem Minister in den Weg stellten, nicht vom Reichskanzler ausgingen, der ihm vielmehr von Anfang bis zu Ende zur Seite gestanden und seinen Entschluß zu verhindern versucht hat. In anderen Ressorts gab es solches vergebliches Arbeiten, solches Haltmachemüssen vor Widerstand schwer zu überwindender Art und solches Sichaufreiben an Hindernissen weniger oder gar nicht, ausgenommen im Auswärtigen Amte, wo die Frictionen, welchen der Betreffende in seiner Stellung vor Rücksichten auf das politische Bedürfniß des Reiches, auf seine Verantwortlichkeit vor dem Reichstage und auf die Auffassung der jeweiligen Sachlage von Seiten des Souverains ausgesetzt war, der Natur der Dinge nach stärker als anderwärts wirken mußten. Fürst Bismarck hat dies, wie bekannt, reichlich zu empfinden gehabt, auch in diesem Sommer, und der daran endlich erkrankte Staatssekretär dergleichen.

Wir stellen uns die Meinung des Reichskanzlers in Betreff der auswärtigen Frage, die in der erwähnten Zeit die erste Stelle einnahm, ungefähr folgendermaßen vor. In Rußland wurde nach dem Frieden von neuem gerüstet und zwar ganz gewaltig. Man hat Anstalten getroffen, das Heer um circa viermalhunderttausend Mann, d. h. um etwa soviel zu vermehren, wie die gesammte deutsche Wehrkraft im Frieden beträgt. Man wird im Falle eines neuen Krieges — seit mit 75 000 Mann die Cadres geschaffen sind — vierundzwanzig neue Divisionen aufstellen können, das sind zwölf Armee-corps. Nicht fern von der Westgrenze ferner stehen Massen von Reiterei, mit der man in drei Tagen bei uns sein könnte. Gegen wen sind diese Rüstungen gerichtet? In Rußland sagen sie (schon in öffentlichen Blättern), Konstantinopel

muß in Berlin erobert werden; andere meinen zwar, in Wien, fügen aber hinzu, daß der Weg nach letzterem über Berlin führe. Ist das so, dann müssen wir uns nach einer Anlehnung umsehen, zumal Frankreich gegenwärtig zwar durchaus friedfertig gesinnt erscheint, aber doch keine genügende Sicherheit vor einem Angriffe von seiner Seite bietet, falls erfolgverheißende Gelegenheit sich präsentiren sollte, und jene Anlehnung ist gegeben. Jeder verständige und unbefangene Beurtheiler der Dinge unter den zweiundvierzig Millionen Bewohnern des deutschen Reiches würde am liebsten mit Rußland und Oesterreich zugleich auf gutem Fuße stehen. Wenn man aber gezwungen wird, eine Wahl zwischen den beiden Nachbarn zu treffen, so können unverblendete Augen über die Entscheidung nicht lange im Zweifel sein. Keineswegs bloß nationale Motive weisen mit aller Bestimmtheit auf Oesterreich-Ungarn hin. Dort sind zehn Millionen Deutsche, die Magyaren sind aus guten Gründen ebenfalls durchweg auf unserer Seite, wie seit Jahren, die Polen denken nicht daran, russisch werden zu wollen, selbst den Tschechen schwebt nichts der Art vor, man müßte denn mit dem Duzend Intransigenten rechnen, die nichts bedeuten. Und selbst wenn Oesterreich ganz slavisch wäre, müßte man ihm bei der Wahl den Vorzug geben. Rußland ist für sich stark genug, und wir können ihm als Allirte nicht viel nützen. Oesterreich ist der schwächere Theil von beiden, obwohl immerhin ein höchst respektabler Bundesgenosse bei der Vertheidigung, und wir können ihm viel nützen, es hat ein starkes Interesse daran, uns zu Freunden zu haben. Und umgekehrt, es kann auch uns eine Stütze bei einer Politik sein, deren erster und oberster Zweck Sicherung des Weltfriedens ist. Wenn Oesterreich-Ungarn und das deutsche Reich sich zu diesem Zwecke verbinden und dann vor den Augen derer, die auf Störung dieses Friedens sinnen, mit ihren zwei Millionen Soldaten Rücken an Rücken stehen wie ein ungeheures Carré in der Mitte des europäischen Kontinents, so werden die in höherem Stile nihilistischen Politiker in Moskowien die Ausführung ihrer Projekte schwerlich zu unternehmen wagen.

Dies ungefähr die Meinung des Reichskanzlers, wenn wir seine Thätigkeit in Gastein und Wien recht deuten. Sie ist die Meinung der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes und sehr wahrscheinlich auch die der kleineren deutschen Fürsten. Auch unter den höchsten Persönlichkeiten des preussischen Hofes zählt sie dem Bernehmen nach ganz entschiedene Anhänger. Dagegen verlautete bis zu dem Augenblick, wo wir diese Zeilen beendigten, noch nichts darüber, daß man sie an der Stelle theile und zu verwirklichen geneigt sei, von wo die oberste und letzte Entscheidung in derartigen Fragen ergeht, und wenn wir nicht irren, so ist der Reichskanzler darüber abgereist.